

Waiblingen, 15. Januar 2024

Pressemeldung der Jungen Union Rems-Murr:

Gefahr des Rechtsextremismus bei gleichzeitiger Sorge um das Demokratieverständnis

In einem Leserbrief hat sich die Junge Union Rems-Murr in der vergangenen Woche an den Zeitungsverlag Waiblingen und dessen Leser gewandt. Der Grund hierfür war eine irritierende Verbindung im Artikel über den Protest der Landwirte beim "Generalstreik" am 8. Januar, wo das Hissen einer Deutschlandfahne ohne Kontext in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt wurde. Das Anliegen der JU ist es zum einen, die Bauern und andere Berufsgruppen bei ihrem friedlichen und demokratischen Protest und in ihren inhaltlichen Beweggründen zu unterstützen und zum anderen die Klarstellung und das unbedingte Eintreten dafür, dass die deutsche Nationalflagge nichts mit Rechtsextremismus oder einer verfassungsfeindlichen Gesinnung zu tun hat. Die Deutschlandflagge ist das Symbol für die Demokratie in unserem Land, für bürgerliche Freiheit und nationale Einheit in einem weltoffenen und geachteten Land.

Grundsätzlich gilt festzuhalten: in vielen Demokratien der Erde werden Nationalflaggen bei Demonstrationen geschwenkt, auch wenn dort die eigene Regierung kritisiert wird. Bei den Bauern handelt es sich um überwiegend und größtenteils demokratisch gesinnte Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Die von den Bauernverbänden organisierten Demonstrationen sind demokratisch und friedlich auf den Straßen erfolgt. Die Pläne der Bundesregierung sorgen für unverhältnismäßige Mehrbelastungen der Landwirtschaft, wobei die deutschen Bauern im europäischen Vergleich ohnehin größeren Belastungen ausgesetzt sind. Dagegen wird friedlich demonstriert - so, wie es das gute Recht in einer Demokratie ist. Es geht bei den Protesten darum, dass die Bauern auch in Zukunft ihre Arbeit machen können, ohne in einem finanziellen Ruin zu enden. Sie demonstrieren für die Arbeit, der sie sieben Tage die Woche von früh morgens bis spät abends nachgehen und mit der sie die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen. Rechtsextreme Einflüsse und unverhältnismäßige Aktionen auf diesen Protesten waren sehr vereinzelt und unerwünschte Ausnahmefälle, zumal es zum Teil auch andere Verbände oder Parteien waren, die zu diesen Protesten aufgerufen hatten.

Angebliche Umsturzpläne der Bauern oder deren rechtsextreme Gesinnung waren jedoch für viele deutsche Medien scheinbar interessanter und wichtiger als die tatsächlichen Anliegen der Landwirte und der Bauernverbände. Es liegt eine Schiefelage in der Berichterstattung vor. Das teilen auch die Landwirte aus dem Rems-Murr-Kreis. Die Bauern pauschal in die rechte Ecke zu stellen, wie es viele Medien oder auch Herr Özdemir in einem Interview tun, ist aus unserer Sicht nicht nur respektlos, sondern auch gefährlich.

Das Hissen einer Deutschlandfahne ohne weitere genannte Anhaltspunkte wird als rechtsextremer Einfluss dargestellt. Linke Parteien sehen in den Bauern eine Gefahr für den Zusammenhalt im Land. Habeck und Özdemir werfen mit Pauschalierungen um sich. Das Demokratieverständnis in der öffentlichen Debatte ist in Schiefelage geraten. Wir sind darüber sehr besorgt.

Es gibt handfeste Unterschiede zwischen klar konservativ denkenden Bürgern, die sich gegen eine linke Regierung wenden und rechtsextremen Systemgegnern. Eine große Mehrheit der Deutschen steht hinter den Bauern. Stellt man aber diese Ansichten und Handlungen aus der demokratisch-bürgerlichen Mitte in die Nähe von Nazis, verwässert dies nicht nur die Unterschiede. Es ist eine Verharmlosung von Extremismus! Bürgerlich denkende Menschen werden aus dem demokratischen Wettstreit ausgeschlossen und ihre Meinung in der öffentlichen Debatte diskreditiert. Viele Menschen in Deutschland haben seit Jahren das Gefühl, ihre wahren politischen Ansichten nicht mehr laut zu äußern - sei es in der Migrations-, Gesellschafts-, oder Wirtschaftspolitik. Man drängt Meinungen aus der demokratischen Mitte nach außen, wodurch, wodurch die Mitte der Gesellschaft auseinandergerissen wird.

Das Problem liegt auf der Hand: Mit der Verharmlosung von extremen Rändern macht man ebendiese nur stärker. Die linken Parteien thematisieren ohne Unterlasse die Brandmauer der CDU gegenüber der AfD oder werfen, wie Frau Esken, sogar CDU und AfD in einen Topf. Was der Ampel nicht passt, gilt schon als rechtsextrem. Wie perfide und dumm! Die Bürger merken dies - die AfD wird in Folge gestärkt und die SPD liegt in Sachsen noch bei drei Prozent. In Ostdeutschland ist die Union bald das letzte Bollwerk der Demokratie. Die SPD reißt die Brandmauer selbst ein, doch wir machen bei diesem Spiel nicht mit.

Für uns ist klar, dass wir uns als Junge Union und auch als CDU niemals auf eine Ebene mit rechtsextremen Kräften stellen lassen, auch nicht zum Teil. Wir bekennen uns zu einer Politik der Mitte und der Vernunft. Wir stehen für soziale Marktwirtschaft, westliche Werte und Europa. Die AfD teilt keinen dieser Grundsätze. Sie schafft es, mit ihrem Populismus Wähler auf ihre Seite zu ziehen und zu blenden. Sie gibt sich als Partei des einfachen Bürgers und Retter des Landes, doch die Folgen einer regierenden AfD wären fatal - angefangen bei Austritten aus EU und NATO bis hin zu menschenunwürdiger Politik mit Plänen der sog. "Remigration". Mit einer Rettung Deutschlands hat das absolut nichts zu tun. Die Geschichte zeigt: Extremismus führte immer zu Unheil über das Land.

Unser Appell lautet: Die politische Debatte muss sich von Annäherungen an die Ränder wieder zurück in die Mitte des Anstands und der Vernunft bewegen. Die Lösungen der politischen Probleme lassen sich nur in einer starken und streitbaren demokratischen Mitte finden. Man kann die politische Linke oder die Migrationspolitik auch kritisieren, ohne rechtsextreme Populisten zu wählen. Denn mit ihren geschichtsvergessenen und revisionistischen Haltungen - mit ihrer menschenfeindlichen Politik - ist die AfD keine Alternative, sondern eine Schande für Deutschland.

Für die Junge Union Rems-Murr:

Tom-Lukas Lambrecht
Vorsitzender

Robin Wenz
Pressesprecher